

### **Abstimmungen vom 25. November 2018**

### **Parolen der FDP Pratteln zu den eidg. Vorlagen**

**Volksinitiative «Für die Würde der landwirtschaftlichen Nutztiere  
(Hornkuh-Initiative)»**

#### **JA**

Die Initiative will mit einem finanziellen Anreiz erreichen, dass weniger Tiere enthornt werden und mehr Tiere ihre Hörner ausbilden können. Die Initiative will kein Verbot des Enthornens. Gemäss den Initianten sollen die Beiträge durch Kürzungen bei anderen Beiträgen an die Landwirtschaft kompensiert werden.

**Volksinitiative «Schweizer Recht statt fremde Richter  
(Selbstbestimmungsinitiative)»**

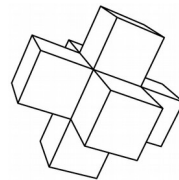
#### **NEIN**

Die Schweiz braucht geregelte Beziehungen zu ihren Nachbarländern und zur Welt. Sie hat deshalb eine ganze Reihe von internationalen Verträgen abgeschlossen. Damit sichern wir unsere Interessen gegenüber anderen Ländern. Die Schweiz entscheidet selber, welche Verträge sie braucht und welche nicht. Die Stimmbevölkerung hat dabei weitgehende Mitspracherechte.

**Änderung des Bundesgesetzes über den Allgemeinen Teil des  
Sozialversicherungsrechts (ATSG), gesetzliche Grundlage für die Überwachung  
von Versicherten**

#### **JA**

Es wird eine rechtliche Grundlage geschaffen, damit Sozialversicherungen bei konkreten Anhaltspunkten für ungerechtfertigten Leistungsbezug wieder Detektive zur Abklärung beauftragen dürfen. Durch das Aufdecken von Missbrauchsfällen profitieren alle Prämienzahler.



### Abstimmungen vom 25. November 2018

### Parolen der FDP Pratteln zu den kantonalen Vorlagen

**Änderung des Steuergesetzes, Gegenvorschlag des Landrats zur zurückgezogenen formulierten Gesetzesinitiative «Für eine faire steuerliche Behandlung der Wohnkosten» («Wohnkosten-Initiative»)**

**JA**

Der Gegenvorschlag beinhaltet hauptsächlich eine Senkung der als Einkommen steuerbaren Eigenmietwerte von selbst genutzten Eigenheimen und zugleich eine Erhöhung der Pauschalabzüge für den Liegenschaftsunterhalt. Damit soll die durch einen Bundesgerichtsentscheid bewirkte Steuererhöhung für Wohneigentümerinnen und Wohneigentümer wieder reduziert werden.

**Formulierte Gesetzesinitiative «Ja zur Prämienverbilligung» («Prämien-Initiative»)**

**NEIN**

Die Initiative verlangt, dass niemand mehr als 10% seines Einkommens für die Krankenkassenprämien ausgeben muss. Der Rest der Prämie würde vom Staat über die Prämien-Verbilligung bezahlt. Dies würde den Steuerzahler im Kanton jährlich 75 Millionen Franken kosten. Das Problem der steigenden Gesundheitskosten würde damit aber überhaupt nicht angegangen.

**Teilrevision des Gerichtsorganisations- und Prozessrechts, Verfassungsänderung betreffend Wahlen Zivilkreisgerichte**

**JA**

---

**Freiheit, Gemeinsinn und Fortschritt  
aus Liebe zum Baselbiet.**